

Einmal wöch. Bezugspreis für Januar 3,00 M. einsch. Postgebühren. Anzeigenpreise: Die 1. Spalte 20 M., die 2. Spalte 15 M., die 3. Spalte 10 M., die 4. Spalte 8 M., die 5. Spalte 6 M., die 6. Spalte 4 M., die 7. Spalte 3 M., die 8. Spalte 2 M., die 9. Spalte 1 M., die 10. Spalte 0,50 M. Die 11. Spalte 0,30 M., die 12. Spalte 0,20 M., die 13. Spalte 0,15 M., die 14. Spalte 0,10 M., die 15. Spalte 0,05 M. Die 16. Spalte 0,03 M., die 17. Spalte 0,02 M., die 18. Spalte 0,01 M. Die 19. Spalte 0,005 M., die 20. Spalte 0,003 M., die 21. Spalte 0,002 M., die 22. Spalte 0,001 M. Die 23. Spalte 0,0005 M., die 24. Spalte 0,0003 M., die 25. Spalte 0,0002 M., die 26. Spalte 0,0001 M.

Sächsische Volkszeitung

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Schadenersatz für undeutl. u. b. Fernruf überm. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. m. Rückporto nicht verfehene Manuskripte werb. nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 2-3 Uhr nachmittags. Hauptdruckerei: Dr. Joseph Albert, Dresden.

Verlag: Sächsische Volkszeitung, Dresden, L. Bollestraße 17, Telefon 21012, Telefax 14797, Postamt: Dresden Haupt, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung, Dresden-Königsplatz 1, Bollestraße 17, Januar 1927, und 21012.



Musikhaus ARTIS Dresden-A.

Haltestelle 1, 5, 14, 18 Marschallstraße 31b (Ecke Gerichtsstr., Neubau)

Teilzahlung bis 12 Monate

Ersklassige Musik-Apparate

Teilzahlung bis 12 Monate

Sämtliche Schallplatten und Aufnahmen der Basilika und Sixtinischen Kapelle

Pianos und Flügel in großer Auswahl

Alleinvertretung von **Grotrian-Steinweg**

Was sie für Sorgen haben!

Der Stimmungsrückschlag bei der Deutschen Volkspartei.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

Wir erleben augenblicklich etwas ganz Eigenartiges: die Deutsche Volkspartei, die sich nicht genug berauschen konnte in ihrer Forderung, daß die Deutschnationalen unbedingt mit in die Regierung herein müßten, ist augenblicklich von einem furchtbaren Rahmenjammer befallen. Mit einem Male findet sie eine ganze Menge Haare in der Suppe! Und das haben ihr Gerüchte angehen, wonach zwischen Zentrum und Deutschnationalen über — kulturpolitische Fragen verhandelt worden sei. Man hat es für gut befunden, insbesondere in Blättern, die merkwürdigerweise samt und sonders dem Reichsaußenminister Stresemann nahe stehen, und zwar einmal in der von ihm als parteioffiziöses Sprechorgan benutzten „Täglichen Rundschau“ in Berlin, sodann in der „Kölnischen Zeitung“, ferner in der „Magdeburger Zeitung“ und im „Dresdner Anzeiger“, den schwarzen Mann an die Wand zu malen. Bischöfe, Kardinäle, der Kuntius, ja selbst der Papst werden nun auf einmal von der deutsch-volksparteilichen Presse in die politische Debatte über die Regierungsbildung hineingezogen! ...

Das ist eine überaus merkwürdige, aber auch überaus lehrreiche Sache! Man sieht, daß die alten kulturkämpferischen Instinkte in jenem, durch sein Verhalten schon in der Vorkriegszeit berüchtigt gewordenen Teil des deutschen Nationalliberalismus noch überaus lebendig sind. Wenn sie bisher nicht in die Erscheinung treten, so einfach deshalb, weil es den betreffenden Kräften ratam erschien, um ihrer eigenen Vorteile willen zunächst nicht weiter davon zu reden. Nun aber sind sie wieder da, die guten alten Bekannten von ehedem!

Das ist für uns alle und namentlich für diejenigen, die auch aus den letzten acht Jahren nichts gelernt haben, eine in der Tat außerordentlich lehrreiche Angelegenheit. Es wird gut sein, wenn wir uns die „Geistes“-Strömungen, die nach dieser Richtung hin augenblicklich die Deutsche Volkspartei durchziehen, einmal etwas näher ansehen.

Da ist zunächst das Blatt des Außenministers Stresemann, die „Tägliche Rundschau“ in Berlin. Sie stützt geheimnisvoll: „Offenbar haben die kirchlichen Mächte, die hinter und über dem Zentrum stehen und die Entwicklung seines linken Flügels ins halbsozialdemokratische Lager längst mit Sorge betrachtet, ein ernstes Wort mitgesprochen, und offenbar sind die Verhandlungen zwischen Zentrum und Deutschnationalen schon seit geraumer Zeit im Gange gewesen, wenn man es auch bestreitet und natürlich auch in Zukunft bestreiten wird, da für solche Geschäfte nun einmal traditionell das Halbdunkel vorgeschrieben ist.“

Des weiteren aber bringt dieses Blatt, das die Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen mit am lautesten gefordert hat, jetzt auf einmal es fertig, gegen die Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen Bedenken kulturpolitischer Art geltend zu machen, und das geschieht in nachstehender geradezu klassischer Form:

„Bedenken könnten entstehen, ob die Kulturfragen in diesem Kabinett eine einmütige Lösung zu finden vermögen, namentlich wenn man das letzte Stadium des Zustandekommens dieses Kabinetts mit den heimlichen Verhandlungen zwischen Zentrum und Deutschnationalen sich überdenkt. Die Deutsche Volkspartei tritt in dieses Kabinett jedenfalls als liberale Partei ein und wird dafür zu sorgen haben, daß bei der Aufstellung des Regierungsprogramms keinerlei Abmachungen und Bindungen in die Aufgaben des neuen Kabinetts hineingeschmuggelt werden, die ihren liberalen Anschauungen zuwiderlaufen. Wir wissen nicht, ob das Zentrum mit den Deutschnationalen über die Schule und über das drohende Reichskonkordat schon Verhandlungen gepflogen oder sich gar

Die Zugeständnisse der Deutschnationalen

Weitgehende Einigung in den Fragen Außenpolitik, Republik, Reichswehr — Neue Verhandlungen über die kultur- und sozialpolitischen Fragen

Berlin, 25. Januar.

Im Laufe des Montag hat Reichkanzler Dr. Marx im Beisein der Minister Dr. Brauns und Stresemann mit dem Kaiser-Ausschuß der Deutschnationalen unter Führung von Graf Westarp über die Grundlage für die Regierungsbildung verhandelt. Bei diesen Verhandlungen ist Marx von dem Zentrumsmannifest ausgegangen, daß von uns, wie wir ausdrücklich feststellen wollen, nicht als ein Parteiprogramm, sondern als ein Programm aller guten Deutschen angesehen wird. Demgemäß hat Reichkanzler Marx ganz bestimmte, präzise und programmatisch angeordnete Fragen an die Deutschnationalen gestellt, welche die Außen-, Innen-, Kultur- und Sozialpolitik betreffen.

Für die Außenpolitik kommt für das Zentrum nur in Frage die Anerkennung der Locarno-Politik und die bindende Erklärung, daß diese Politik fortgesetzt werde, und daß soziale Mitarbeit im Völkerverbund gefördert werden soll. Die Verhandlungen über diesen Punkt sind soweit geblieben, daß die Deutschnationalen wohl auf diesen Boden treten werden.

Bezüglich der Innenpolitik ist ebenfalls insbesondere über die Reichswehrfragen, die ja den Ausgangspunkt dieser Krise bildeten, verhandelt worden und zwar auf der Grundlage der Erklärung, die Reichkanzler Marx noch als Chef der Regierung vor dem Sturz des Kabinetts abgegeben hat. Demgemäß wird die Entpolitisierung der Reichswehr durchzuführen und die Frage der Rekrutierung in einer den Verfassungskonventionen entsprechenden Form gewährleistet werden. Auch hier dürften sich unübersteigliche Hindernisse nicht mehr ergeben. Schließlich sind schon die mit dem Schluß des Staates zusammenhängenden Fragen. Hier verlangt Marx die Anerkennung des gegebenen Staates und die Zusage, daß dieser Staat auch gegen Verleumdungen und Beschuldigungen geschützt wird. Das gilt insbesondere auch für die Symbole des Staates, also vor allen Dingen die Farben. Da aber

die Deutschnationalen mit allen Mitteln in die Regierung hineinzukommen, wird man aber auch hier damit rechnen können, daß sie zustimmen.

Am Dienstag werden die sozialen und kulturpolitischen Fragen behandelt. Es ist überaus bemerkenswert, daß Schwierigkeiten in diesen Dingen nicht von den Deutschnationalen, sondern von der Deutschen Volkspartei kommen, bei der sich offenbar kulturkämpferische Instinkte sehr durchsetzen begannen. Bereits wird in diesen Kreisen damit operiert, daß das neue Kabinett neben bis acht katholische Minister haben würde, und daß das eine Gefahr für die „Protestanten“ sei.

Personalfragen sind noch nicht angeschnitten worden. Die Deutschnationalen wollen unter Umständen den Ernährungsminister und möglichst auch den Justizminister beiziehen, während sie das Finanzministerium dem Zentrum zu überlassen bereit wären, das aber in keiner Weise sich zu diesem Vorschlag zu drängen geneigt ist. Als Ernährungsminister werden die Deutschnationalen den Freiherrn von Stauffenberg vorschlagen. Das Zentrum würde eine Verstärkung seiner politischen Position in diesem Kabinett darin sehen, wenn es neben dem Kanzler auch den Innenminister beiziehen könnte. Jedenfalls ist man im Zentrum nicht bereit, den Innenminister den Deutschnationalen, höchstensfalls der Deutschen Volkspartei zuzugestehen. Aber auch die gerade jetzt viel umstrittene Justiz kann nicht in deutschnationale Hände kommen. Im ganzen kann man wohl damit rechnen, daß die Verhandlungen einen Verlauf nehmen werden, der das Zustandekommen des Kabinetts vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen aber streng auf der Basis der im Zentrumsmannifest ausgesprochenen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Grundzüge ermöglicht.

Marx hat am Montagnachmittag noch sehr eingehend mit dem Vorstand der Partei verhandelt und ihm Bericht erstattet. Die Zentrumsfraktion nahm dann am Abend von dem Verlauf der Verhandlungen, die in ihren Einzel-

schon mit ihnen geeinigt hat; aber wir wissen, daß die Deutsche Volkspartei einseitig konfessionellen und reaktionären Plänen den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen würde.“

Die volksparteiliche „Kölnische Zeitung“ hält trotz der von den verschiedensten Seiten gegebenen Mitteilungen, daß alle derartigen Auszeichnungen leeres Geschwätz und eitel Gesunkener war, ihre Behauptungen aufrecht und äußert sich dahin:

„Gegenüber diesen Ablehnungen von den beteiligten Seiten, die sich vorwiegend mit den Personen der Verhandlungsführenden beschäftigen, wird heute in anderen parlamentarischen Kreisen von angesehenen Persönlichkeiten die Behauptung aufrechterhalten, daß schon seit langem, ehe überhaupt die Verhandlungen über die Beilegung der gegenwärtigen Regierungskrise begonnen hätten, Besprechungen von erheblicher politischer und kulturpolitischer Tragweite zwischen einflussreichen katholischen Kreisen des Zentrums und der Deutschnationalen unter Beteiligung des hohen Klerus gepflogen worden seien, und daß nur die bei diesen Gesprächen erzielte Einigung dem Zentrum die Möglichkeit gegeben habe, während der Krisenverhandlungen so schnell sein Steuer von links nach rechts herumzuerufen.“

Wieder andere volksparteiliche Blätter vermuten hinter dem ganzen die — Jesuiten! ... Da sind wir also glücklich wieder bei dem Kindersprech der Vorkriegszeit angelangt!

Kein Wunder, daß sich bei solcher Situation der Deutschen Volkspartei ein statlicher Rahmenjammer bemächtigt hat. Wir müssen der „Völkischen Zeitung“ (Nr. 39) vom 24. Januar schon recht geben, wenn sie folgendes ausführt:

„Auffällig ist die merkwürdige kritische Zurückhaltung der Deutschen Volkspartei. Sie war es, die die große Koalition zum Scheitern gebracht hat, die das Kabinett der Mitte zertrümmert und seit 1923 unentwegt auf ein Rechtskabinett hingearbeitet hat. Eigentlich müßte sie sich jetzt am meisten über die Erfüllung ihres mit aller Energie geförderten politischen Wunsches freuen. Statt dessen ist eine, man möchte fast sagen, Rahmenjammerstimmung festgestellt. Sie ist zu verstehen, wenn man den wirtschafts- und sozialpolitischen Teil des Zentrumsmannifestes prüft.“

Man ist in der Deutschen Volkspartei auch nicht sehr entzückt über die Rolle, die man in der künftigen Koalition, zwischen Deutschnationalen einerseits, zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei andererseits, spielen wird. Die Deutsche Volkspartei würde, zwischen den anderen Koalitionsparteien eingezwängt, auf jede selbständige Meinung und Politik verzichten müssen. Während sie bisher in den Kabinetten der Mitte eine ausschlaggebende Rolle gespielt hat, würde sie in der Mehrheitskoalition, so wie sie jetzt beabsichtigt ist, keinen nennenswerten Einfluß mehr besitzen und nicht einmal in der Lage sein, durch Auftrumpfen oder Drohungen einen eigenen Willen durchzusetzen.

Man ist in der Deutschen Volkspartei so wenig entzückt über dieses glänzende Ergebnis der Scholtschem Taktik, daß man kaum sehnt in der Annahme, daß die Deutsche Volkspartei am allerwenigsten unglücklich über ein Scheitern der Verhandlungen zwischen Zentrum und Deutschnationalen wäre. Dürften die Volksparteiler heute offen aussprechen, was ihnen das Liebste wäre, so würden sie zweifellos eine Koalition der Mitte mit der Führung nach links vorziehen.“